

Der Rat beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Gespräch mit den Kindergärten zu führen, mit dem Ziel, dort vorhandene Befürchtungen und Ängste zum Kinderbildungsgesetz darzulegen und festzuhalten.
2. in der Sitzung des Rates am 10. Oktober sollen mögliche Auswirkungen für Eitorf sowie Gründe, die gegen das Gesetz sprechen, beraten werden. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat eine Verwaltungsvorlage bzw. einen entsprechenden Textentwurf an den Ministerpräsidenten zur Beratung bzw. Entscheidung vorzulegen.